

Zeitung.

Nr. 140

Hamburg, 23. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco geht schlep-
pend zu festen Preisen; ab auswärts flau. Roggen loco stille, ab Königs-
berg 120 pfd. 74 zu haben. Del loco 32¼, pro Grühj. 32⅞, pro Herbst-
30. Kaffee, fester Markt.

Paris, 23. März. Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der Kaiser den Präsidenten des Nationalraths der schweizerischen Eidgenossenschaft Hr. Escher am Sonnabend empfangen habe. — Der heutige „Constitutionnel“ theilt mit, daß die spanische Regierung entschlossen sei, vollständige Genugthuung von Mexico zu erlangen und es verweigert habe, den mexikanischen Gesandten zu empfangen.

Landtags-Verhandlungen.

nicht von einer Schaar von Landknechten, sondern von einem begeisterten Volke errungen worden. Aber warum man jetzt gerade diese Aenderung vornehmen wolle, dafür sei nirgends ein Grund von der Regierung klar gemacht. Man verlange ein Vertrauensvotum für den Kriegsminister, das zugleich ein Misstrauensvotum gegen die jetzige preuß. Heeresgestaltung sei. Man erwarte eine schärfere Ausbildung des Soldatengeistes. Er fürchte nicht, daß dadurch Prätorianer gebildet werden sollten oder würden, er glaube aber vielmehr, daß das halbe Jahr längeren Dienstes den gewünschten Zweck nicht erreichen werde. Man wende gegen jede Erörterung des Punktes ein, daß es nicht rathsam sei, diese Fragen in die öffentliche Diskussion zu ziehen, und daß das Urtheil der Versammlung als Laien darauf keinen Vortheil ziehen werde. Aber er glaube, daß die preuß. Heeresorganisation keine Erörterung zu scheuen habe, daß ihre Vorzüge und Fehler außer dem den ausländ. Sachverständigen genugsam bekannt seien; er glaube endlich, daß auch die technischste Frage durch klare Darstellung dem Verständnis der Laien nahe gebracht werden könne, und eine solche erwarte er erst von der Regierung. — Günstiger liege die Frage wegen der Beamtengehaltserhöhung, denn für deren Diskussion wären Techniker genug im Hause zu einem kompetenten Urtheil. Der Vergleich der Kornpreise vor 20 Jahren und jetzt spreche außerdem klar genug. Einen Rechtsanspruch der Beamten auf standesmäßigen Unterhalt könne er zwar nicht anerkennen, wohl aber einen moralischen Verpflichtung. Aber diese Gehaltsverbesserung könne jetzt nicht so vollständig durchgeführt werden, als es wünschenswerth sei, und wenn man nur das Nothwendigste jetzt thun könne, so sehe ihm auch hier jeder Nachweis dieser Nothwendigkeiten seitens der Staatsregierung. Somit sei alles von ihm das Bedürfnis zwar im Allgemeinen anzuerkennen, aber er könne nicht eher mit der Befriedigungsfrage sich beschäftigen, bis ihm der Umfang jener Bedürfnisse klar vorgelegt. Worum sei zu bestreiten, daß neue Steuern dafür nothwendig sein würden, so lange die Hilfsmittel, welche der v. Pottow'sche Antrag angeregt, nicht diskutiert seien. Die Staatseinnahmen, besonders die aus dem Meßrost des Handelsministers fließenden, seien in erfreulicher Zunahme. Jedenfalls liege die Sache so, daß man immer eiler, be-
son-
der-
lich

man zur Bewilligung neuer Steuern schreite, den Umfang dessen prüfe, was aus den vorhandenen Hülfsmitteln geleistet werden könne, und auch diese Prüfung vermissen er bei der Neg.-Vorlage. Sollte sich in einem der Gesegs-Entwürfe, z. B. dem Gewerbesteuer-Gesetz, eine Verbesserung der Steuer-Gesetzgebung an und für sich herausstellen, so behalte er sich die Zustimmung vor, sein allgemeines Votum sei ein Nein! — Er fürchte sich nicht, darin mit der äußersten Rechten zusammenzutreffen, vielmehr sei es ihm ein Beweis der Wahrheit mehr, wenn von den entgegengesetzten politischen Ansichten als das Urtheil so einseitig gesprochen werde. Nur einige Worte noch über die Grundgedanken der neuen Steuern. Die Abgeordneten der westlichen Provinzen sind der Verfassung ausgelegt, in der Gebäudefsteuer den Anfang der Grundsteuer-Ausgleichung zu erblicken. Er sehe nur eine halbe Wapregel darin und darum eine ungerechte, weil sie die Städte dem Lande, und auf diesem wieder die Kleinen den großen Besitzungen gegenüber zu sehr benachtheilige. Stimme er einmal gegen diese, so stimme er zehnmal gegen die Salzsteuer. Der größte Theil dieser 2 Millionen werde den armen Manns aufgelegt, und was 15–20 Sgr. jährlich für diesen ausmachen, das habe man bei der Klassensteuer früher sehr wohl anerkannt und wolle nur hier nichts davon wissen. — Gegen Herrn Reichensperger und dessen Lob der indirekten Steuern wolle er nur erinnern, daß dasselbe nur auf die Gegenstände passe, deren Konsumation man sich beliebig entschlagen könne, während die Salzsteuer, die direkteste unter den indirekten, eine reine Kopfsteuer sei. Im Gegenfaze zu dieser Richtung habe er sich sogar an dem Antrage des Herrn v. Jagow erkreut, der mindestens doch einen weiteren Ausbau der direkten Steuer erstrebe (indem er die Fortdauer der Schlacht- und Klassensteuerzuschläge in Höhe von 20 pCt. eventuell beantragt). Der Finanzminister ist er verweißt seine Äußerungen über die einzelnen Steuervorschläge auf die Spezialdebatte. Die Bedürfnisfrage betreffend, so nehme die Regierung die geforderten Mittel zunächst für die 3jähr. Dienstzeit in Anspruch, dann für die Beamtengehalts-erhöhung. Während in ersterer Beziehung die Ansichten des Hauses weit auseinandergingen, einigten sich dieselben in Bezug auf die zweite Forderung wenigstens bis zu Anerkennung des Bedürfnisses. — Er glaube nun zwar nicht, daß die Armee irgendwie sich unthätiger, nicht schlagfertig genug erwiesen habe in den letzten Jahren, aber die Regierung wolle diese Schlagfertigkeit erhöhen und verstärken. Die längere Übung im Waffengebrauch sei schon bedingt durch die neu eingeführten Waffen, und dieser ein Grund schon scheint ihm ausreichend. Betreffs der Beamtengehalts-erhöhung wünsche man speciellere Mittheilungen, ohne daß man gesagt, in welcher Beziehung. Er mache in Bezug darauf folgende Angaben: Bis 400 Thlr. Gehalt bestehen 35,784 Beamte zu 7,642,000 Thlr., zwischen 4–500 deren 2300 mit Gesamtgehalt von 1,055,900 Thlr., zwischen 5–600 deren 4500 mit 2,437,000 Thlr., zwischen 6–700 deren 2200 zu 1,437,000 Thlr., zwischen 7–800 deren 3100 zu 2,377,000 Thlr., zwischen 8–900 deren 798 zu 672,000 Thlr., zwischen 9–1000 deren 824 zu 781,000 Thlr., endlich zu 1000 und darüber, so weit die Grenzen der Regierungsvorlage gehen, 1900 zu 2,576,000 Thlr. Gesamtgehalt. Wenn er nicht näher eingehe auf die Details des Bedürfnisses für jede dieser Klassen, so werde man sein Schweigen für gerechtfertigt finden. — Zur Debatte übergehend konstatirt der Minister zunächst das Lob, welches die Finanzverwaltung, zumal der neueren Zeit durch die Abg. v. Zettau und v. Bardeleben erfahren. Gerade dies möge das Haus veranlassen, den Minister in diesem Streben zu unterstützen, den Etat wieder zurückzuführen auf seine alten Grundfaze, nicht dasselbe auf Ersparnisse und Einnahme-Überschüsse zu stützen, die nicht nachweisbar seien, nicht Rothfände zu ignoriren, deren Nichtberücksichtigung nicht weise Sparsamkeit, sondern eher das Gegentheil derselben sein werde. Es sei nicht zu erwarten, daß die Einnahmen, besonders im Etat des Handelsministers, in den nächsten Jahren in gleichem Maße steigen würden, wie in den Vorjahren. — Er weise die Hilfe zurück, als wolle oder solle die Versammlung „mit ihren breiten Schultern“ das Schicksal der Gesegentwürfe auf sich nehmen, die Regierung wolle und könne sich der vollen Verantwortung für dieselben nicht entziehen. Ebenso könne sie nur in ernstlicher Weise den Einwurf zurückweisen, die Beamtennoth hänge mit dem Luxus zusammen, jeder Blick in das praktische Verhältniß lehre das Gegentheil. Auch glaube er nicht an die unpopuläre Auffassung der Steuern als für die Beamten bestimmt. Die Beamten erhalten dann, wie jetzt und immer ihren Gehalt aus den Kassen und die Steuern ihrerseits gingen dann wie jetzt und immer in die Kassen. Der Vorschlag, nur die Bedürftigen zu bedenken, halte er für so bedenklich, so zu einem System persönlicher Rücksichten führend, daß er lieber dem ganzen Plane entsagen würde. (Bravo!) — Wenn Herr v. Verlach dem Staate die Pflicht auferlegen wolle, nur die Beamten anzustellen, die sich standesmäßig ernähren könnten, so sei das ein gefährlicher Weg. Der Staate müsse alsdann die Beamten, sobald ihr Privatvermögen nicht mehr ausreiche, entlassen, ohne Rücksicht auf ihre Kraft und ihre Arbeit; das könne gar nicht ernsthaft gemeint sein. Auf die Vorschläge, welche man in Bezug auf Benützung vorhandener Hülfsmitteln gemacht, werde bei Gelegenheit des v. Patowsches Vortrages zurückkommen sein. Was die Benützung der Eisenbahnabgaben betreffe, so trete der komische Umstand ein, daß das Haus bei der Budgetberatung den Antrag abgelehnt: man rathe also der Regierung etwas an, was diese nicht wolle und was das Haus auch nicht wolle. — Man habe sogar die Chausseebauher bei Charlottenburg genannt, obwohl man wisse, daß hier Rücksichten höherer Art berührt würden, deren Aenderung das Haus bei der Budgetdebatte für ausreichend erachtet habe. — Der Redner schließt mit einer Mahnung, vorurtheilslos zu prüfen, dann werde das Haus die Zustimmung schließlich nicht versagen. (Bravo zur Rechten.)

Der Kriegsminister. Der Regierungskommissar sei zu jeder Erörterung und Auskunft in der Kommission bereit gewesen, dieselbe habe auch keine weiteren Bedenken gegen die Verlängerung der Dienstzeit geäußert. Er bedaure das sehr, denn die Kommissionen seien ja dazu da, alle möglichen Bedenken und Widersprüche zu erwägen. Der Abgeordnete für Köln habe in der vorliegenden Forderung eine gewisse Taktik vermutet, die Militärverwaltung sei fern von jeder solchen Taktik. Die Berufung auf Autorität sei zumest ohne Namensnennung erfolgt, er werde für seine Ansicht bereit namentlich anführen. Zunächst den Kriegsherrn — er halte das nicht für unparlamentarisch, wie der Abg. von Köln. Habe doch ein Mitglied derselben Fraktion, der Abg. Mohlen am 2. März Worte des Königs angeführt und sei dafür mit einem Bravo belohnt worden, ohne daß man dies damals für unparlamentarisch gehalten hätte. Das sei auch eine Taktik, freilich keine militärische, aber eine parlamentarische! (Heiterkeit.) Ferner sei der Prinz von Preußen anzuführen. — Gegen die Schlachtfelderfahrungen, die der Abg. von Westfalen (Hartort) geltend gemacht, führe er seine eigenen an, die auch von Leipzig und Paris datirten und bei den Barrikaden in Berlin und an dem Dannevirte sich vermerkt hätten, und diese Erfahrungen sprechen für die längere Dienstzeit. Auch sein Vorgänger im Amte sei derselben Ansicht gewesen (wenn auch die „Köln. Ztg.“ jüngst das Gegentheil behauptet), er könne das attemmäßig erweisen. — Im Sept. 1815 schon habe man die dreijährige Dienstzeit für notwendig gehalten, also zu einer Zeit, wo die Landwehr allerdings mit der Einie gewetteifert in Muth, Ausdauer und Tapferkeit. Das Gesetz aus jenen Tagen trage die Unterschrift Hardenbergs, der ja auch auf dieser Seite (zur Linken) besondere Berechnungen, ferner Boyens, und wo dieser Name stünde, da hätten auch Grolmann und Sneysenau und, hätte er noch gelebt, auch Scharnhorst unterschrieben — er wisse nicht, ob der Abg. aus Westfalen auch diese zu unterschreiben — er wisse nicht, ob der Abg. aus Westfalen auch diese zu unterschreiben — er wisse nicht, ob der Abg. aus Westfalen auch diese zu unterschreiben (Gelächter.) Uebrigens wolle er durch diese allgemeinen Bemerkungen nicht das Eingehen auf das Detail vermeiden, das vielmehr sein Kommissarius sofort des Näheren übernehmen werde.

Der Reg.-Kommissar, Major Baier (2). Die Beziehung auf die Erfahrungen des Jahres 1850 schließt kein Mißtrauensvotum gegen die bisherige Landwehr ein; bei derartigen Proben, wie der Mobilmachung von 1850, stellten sich für den Kundigen nur die Bestätigungen dessen heraus, was als Nothwendigkeit schon vorher ausgesprochen worden und so habe seit jener Zeit sich ohne Widerspruch das Bedürfniß der dreijährigen Dienstzeit geltend gemacht. Seitdem sei dieselbe das *ceterum censeo* in allen Korrespondenzen des Kriegs- mit dem Finanzministerium gewesen. Man habe als Palliativ die 2½-jährige Dienstzeit eingeführt, aber dasselbe für so ungenügend erkannt, daß man lieber zur zweijährigen Zeit zurückkehren wolle. — Wenn man die Veränderung der Schußwaffen mit in Betracht nehme, so werde man, ohne ein Eingehen auf den Exercitkalender zu verlangen, wohl glauben, daß die bisherige Einrichtung allzu sehr zu „verpöfchten Rekruten“ führe. Man berechne das mehr geforderte Halbjahr nach seinem Arbeitswerth, aber man bringe dabei nicht in Anschlag, daß es in die Winterzeit treffe. Die Ausrüstung des Ministers v. Strotha, daß ein halb Jahr zum Ausrüßzieren genüge, sei seit Einführung der neuen Schußwaffen nur noch theilweise gültig. Der Krimfeldzug habe gelehrt, daß man auf den Moment nicht bauen dürfe, daß man die Ausdauer der Kriegstüchtigkeit auf das höchste Maß spannen müsse, daß man nicht auf das rechnen dürfe, was man etwa der Landwehr beibringen könne, bevor sie zur Bluttaufe käme. Eine Verringerung der Armee nach dem letzten Friedensschluß habe nie in einer Absicht gelegen, man bedenke nur die erhöhten Anforderungen, die an das Heer z. B. in Bezug auf die ostpreussischen Kommandos gegen die Niederpest, in Bezug auf die vermehrte Gefängnißbewachung, jetzt gemacht werden. Soffentlich habe sich der Abg. für Arnberg überzeugt, daß die Abänderung, welche das Ministerium vorschläge, nicht dem Grundgedanken der preuss. Heereorganisation widerspreche, und er habe nur an das Haus die Bitte zu stellen, dasselbe möge durch sein Votum die langeschelte Bedingung herketten, unter welcher allein es möglich sei, daß die Landwehr einse, wenn der Ruf an sie ergehe, den gerechten Erwartungen ihres Kriegsherrn und des Vaterlandes entspreche. (Bravo!) Krupfa für die Regierungsvorlagen, vor einem der starken Hälste nach geleertem Hause: ein Antrag auf Schluß der Debatte von v. Hanstein und Echnert, wird angenommen. (Blömer v. Zagow (Kreuznach), v. la Chevallerie find für, Gr. Feil (Slaz) und v. Salzwedell gegen den Kommissionantrag eingeschrieben). — Dem Resümee des Berichters, Abg. Nathusius und einigen persönlichen Bemerkungen des Finanzministers und des Abg. v. Gerlach, folgt die Ueberreichung der Staatsconventionen mit Auslag wegen Verbindung der preuss. und russ. Eisenbahnen durch den Ministerpräsidenten. Es handle sich, fügt er hinzu, noch nicht um Ausführung des Baues, sondern nur um Genehmigung der Staatsverträge. Die Sitzung schließt um 3 Uhr, die nächste findet morgen Dienstag 10 Uhr statt.

Berlin. 23. März. *Se. Maj. der König* fuhr vorgestern bereits früh 8 Uhr von Charlottenburg nach Berlin und arbeitete hier im kgl. Schlosse mit dem Militär-Kabinet. Um 11 Uhr nahm Allerhöchstdieselbe (wie schon gemeldet) unter den Linden die Parade des 2. Garde-Regiments zu Fuß, des Garde-Reserve-Regiments und des 1. Bataillons 8. Infanterie-(Leib-)Regiments ab, begab sich demnächst in das Prinzessinnen-Palais zu Ihrer Durchl. der Fürstin von Liegnitz, woselbst auch Ihre Maj. die Königin und die Prinzessinnen des kgl. Hauses anwesend waren und die Parade in Augenschein genommen hatten, und nach dort eingenommenem Dejeuner wieder nach dem Schlosse, um die Vorträge mehrerer Minister und des Civil-Kabinetts entgegen zu nehmen. Ihre Majestät die Königin besuchte, noch bevor Allerhöchstdieselbe nach Charlottenburg zurückkehrte, die Blumen-Ausstellung im Hotel de Russie. Gegen 4 Uhr kehrte auch *Se. Maj. der König* nach Charlottenburg zurück, empfing daseibst eine Deputation der Kaufmannschaft von Stettin und gab demnächst ein militärisches Diner von 50 Gedecken. Nach der Tafel gab *Se. Majestät* noch einigen Generalen besondere Audienz. Gestern wohnten Ihre kgl. Majestäten dem Gottesdienst in der kgl. Schloß-Kapelle zu Charlottenburg bei. Nachmittags fand bei Allerhöchstenselben Familien-Tafel statt. — *Se. Durchlaucht* der Prinz Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld, Corvetten-Kapitän in der königlichen Marine, welcher von Kassel hierher zurückgekehrt war, hat sich gestern Abend nach Danzig begeben. — *Se. Durchlaucht* der Prinz Calixt Biron von Kurland ist von Schloß Wartenberg, und der General-Major und Kommandeur der 7. Infanterie-Brigade, v. Bagenzki, von Bromberg hier angekommen. — Der Oberst und Kommandeur des 3. Artillerie-Reg., v. Kiedel, ist zur Inspizierung der hier garnisirenden Handwerks-Kompagnie desselben Regiments von Magdeburg hier eingetroffen. — Der Hauptmann v. Willisen vom Generalstabe des 8. Armee-Korps ist in den großen Generalstab versetzt worden. — Dem Vernehmen nach ist dem Konfissorial-Rath Dr. Sack in Magdeburg das Präbikat Ober-Konfissorial-Rath verliehen worden. (N. Pr. 3.)

— Der König hat zu dem Bau einer Kirche in dem Dorfe Bia-
losliwa an der Ostbahn, ein Gnadengeschenk von 10,000 Thl. bewil-
ligt, so daß die Gemeinde nur noch die Hand- und Spann-Dienste

